

Helfen statt hetzen

Alexander King, Bezirksvorsitzender und Direktkandidat der LINKEN in Tempelhof-Schöneberg, zur Auseinandersetzung um die Straßenprostitution in Schöneberg, zur Veranstaltung der AfD am Donnerstag und zu seiner Teilnahme an der Gegenkundgebung (Donnerstag, 15 Uhr, vor Bülowstr. 64):

Dass in Schöneberg junge Frauen aus EU-Mitgliedsstaaten und EU-Anwärterstaaten anschaffen gehen müssen, sagt viel über den Zustand der Europäischen Union. Dass der grüne Bezirksbürgermeister von Mitte gerade jetzt die Prostitution in der Kurfürstenstraße verbieten will, sagt wiederum viel über die Verdrängungsprozesse in unseren Bezirken.

Denn es hat weniger mit der Sorge um die jetzigen Anwohner_innen zu tun als vielmehr mit der Sorge um die künftigen. In der Kurfürstenstraße entstehen gerade mehrere neue Luxusquartiere.

Dass die AfD jetzt diese angespannte Gemengelage für ihre Zwecke instrumentalisieren will, lässt nichts Gutes ahnen. Ich hoffe, dass sich die Anwohner_innen nicht gegen die Sexarbeiter_innen in Stellung bringen lassen. Denn die Erfahrung aus Verdrängungsprozessen ist doch die: Erst soll die Sexarbeit weichen, dann die Anwohner_innen. Die Opfer sozialer Konflikte gegeneinander aufzuhetzen – das ist das Geschäftsmodell der AfD. Das dürfen wir nicht zulassen.

Den Anwohner_innen, die unter der Straßenprostitution leiden, muss geholfen werden. Und deshalb fordert DIE LINKE: Dem Interesse der Anwohner_innen an einem Wohnumfeld, in dem man sich wohlfühlt, muss Rechnung getragen werden. Dazu müssen auch die in der Sexarbeit Tätigen in ihren Rechten gestärkt und müssen ihre Arbeitsbedingungen human gestaltet werden. Wir wollen Zwangsprostitution als Ausbeutung bekämpfen, ohne die zur Sexarbeit gezwungenen Menschen zu bekämpfen, und Opfer von Menschenhandel besser schützen. Dazu braucht es einen Dialog zwischen Anwohner_innen und Sexarbeiter_innen sowie eine starke Präventions- und Sozialarbeit vor Ort, die von ausreichend finanziell und personell ausgestatteten Projekten gewährleistet wird – und keine repressive Law- and-Order- Politik, wie sie zum Beispiel von Seiten der AfD gefordert wird.

Quelle: http://archiv.die-linke-berlin.de/nc/wahlen/bundestag_2017/termindetail/artikel/helfen-statt-hetzen-1/